

Schlamassel - selbst verschuldet

Zuwanderungsbegrenzung Veranstaltung von Metrobasel zeigt Limiten deutlich auf

VON STEFAN SCHUPPLI

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Eine buchstabengetreue Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) verstösst gegen die Grundprinzipien der EU der freien Zu- und Auswanderung. Das wurde an der Veranstaltung des «Thinktanks» Metrobasel am Montagabend im Rathaus klar. Und dass damit die bilateralen Abkommen der Schweiz mit der EU auf dem Spiel stehen, sei mehr oder weniger bei allen bislang vorliegenden MEI-Umsetzungsvarianten so, brachte es Metrobasel-Direktorin Regula Ruetz auf den Punkt.

Die Schweiz hat sich mit dem forschenden Zeitplan der Umsetzung selbst in

Schwierigkeiten gebracht, und es sei zu befürchten, dass die Schweiz die MEI nicht einvernehmlich umsetzen kann. Sprich: Sie wird irgendwie geartete Zuwanderungskontingente einführen. Der angekündigte Ausstieg Grossbritanniens dürfte bewirken, dass die Schweiz in der Diskussion mit der EU hinten anstehen muss. Der Fall Grossbritannien hat eine nochmals andere Dimension.

Martin Naef, Nationalrat und Co-Präsident der Parlamentarischen Gruppe Schweiz-EU, stellte fest, dass die Rechtsausen-Parteien in Europa zwei Themen raffiniert miteinander verknüpfen würden: Europa-Skepsis und Zuwanderung. «Wenn wir keine Lösung finden, gibt es kein Horizon 2020 mehr», also keinen Zugang der Schweiz zu For-

schungsprogrammen in der EU. Die Aufarbeitung dieser MEI-Abstimmung werde Jahre dauern und viele Kräfte absorbieren.

«Den Preis nicht genannt»

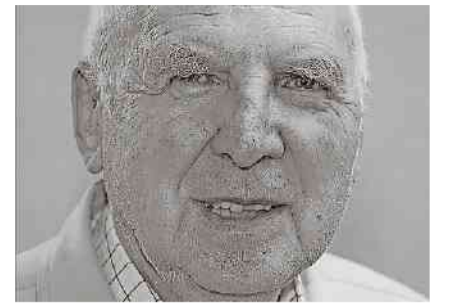
An der Podiumsdiskussion ging es auch um die Frage, wie es so weit kommen konnte, dass sich die Schweiz in diese Lage manövriert hat. Grossrat Stephan Mumenthaler (FDP) meinte, man habe den Menschen «den Preis nicht genannt», den diese MEI kostet. Was Rudolf Minsch, Chefökonom des Spitzenverbandes Economiesuisse, natürlich konterte: Der Verband müsse Anstoss geben, der Ball müsse von der Politik aufgenommen werden. Regierungsrat Christoph Brutschin meinte,

es laufe vermutlich auf ein «Durchwursteln» hinaus, man schaut, dass man mit Klauselsystemen den Druck wegnimmt, Zeit gewinnt - eine Lösung sieht auch er nicht. Klar sei nur, dass die Region Basel mit ihrer Industrie und Wissenschaftsballung sowie den vielen Tausenden von Grenzgängern von der Problematik extrem stark betroffen sei.

Personenfreizügigkeit dürfe nicht zur Migrationssteuerung verwendet werden, sondern sie sei eine Errungenschaft der europäischen Integration, sagte Andreas Schwab, Europa-Abgeordneter und Zuständiger für die Beziehungen Schweiz-EU. Die Niederlassungsfreiheit sei eine Freiheit, ein Grundpfeiler der EU und deshalb nicht einfach verhandelbar (siehe unten).

NACHRUF

Ein Brückenbauer über alle Grenzen



André-Paul Weber.

HANNES LAUBER

André-Paul Weber, der am Sonntagabend im Alter von 88 Jahren in Saint-Louis gestorben ist, war weit mehr als ein «Berufssässler». Er, der die Schrecken des Krieges erlebt hat, war ein überzeugter Europäer, der sich zeitlebens für das Verbindende im Dreiland einsetzte. Nichts könnte sein Wirken besser symbolisieren als die 1979 erbaute Palmrainbrücke zwischen Weil am Rhein und Huningue, deren Vater er war.

Seine Verdienste um die deutsch-französische Zusammenarbeit wurden ihm hoch angerechnet. Er war Träger des Bundesverdienstkreuzes und Ritter der Ehrenlegion. Zudem erhielt er 2007 den europäischen Kulturpreis der privaten Stiftung Pro Europa und 2014 zusätzlich den «Deutsch-französischen Preis für kulturelle Kommunikation» als «Brückenbauer zwischen Menschen, Regionen und Staaten und als Fackelträger des europäischen Geistes am Oberrhein», wie Wikipedia vermerkt.

Starke Beziehungen pflegte er auch zu Basel und der Schweiz. Er war dabei, als die Regio Basiliensis und die Elsass-Freunde Basel gegründet wurden. Zudem spielte er eine wichtige Rolle im Rahmen der Oberrheinkonferenz und beim Euroairport. Weber, der in Huningue gelebt hat und am 26. November 1927 in Mulhouse geboren worden war, hat als Unternehmer, Politiker und Schriftsteller viele Spuren hinterlassen. Er verfasste zahlreiche Bücher und Essays über seine Heimat, nicht wenige auch auf Elsässisch. In jungen Jahren scharte er eine Theatergruppe um sich und war auch sonst besorgt dafür, dass das Elsass mit kulturellen Angeboten versorgt wurde. Später wurde er zum Firmengründer und zum Standortförderer. So ist es seiner Initiative zu verdanken, dass in Village-Neuf im Norden seines Wohnortes Huningue eine Industriezone entstand. (BZ)

Interview

EU-Abgeordneter Andreas Schwab: «Die Schweiz steckt im Dilemma»

VON STEFAN SCHUPPLI

An der Abendveranstaltung von Metrobasel referierte unter anderen der deutsche EU-Abgeordnete Andreas Schwab über die aktuelle Situation der EU. Wir befragten ihn nach dem Anlass zur Sicht der EU auf die Schweiz.

Herr Schwab, wie erlebt die EU die Schweiz?

Andreas Schwab: Die Schweiz ist ein souveräner Staat mitten in Europa und kann sich deshalb nicht von allen Entwicklungen in Europa lossagen. Aber die Schweiz hat natürlich auch ihre eigenen Vorstellungen davon, wie Zusammenhalt und politische Entscheidungen organisiert werden sollen, und beides in Übereinstimmung zu bringen, ist im Einzelfall nicht immer ganz einfach, weil die Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Union ist.

Was würden Sie der Schweiz raten?

Als Jurist sage ich: Verfassungsrechtlich betrachtet ist die Schweiz in einer Dilemma-Situation. Sie hat eine Verfassung, die ganz objektiv nach dem 9. Februar 2017 den Bilateralen Verträgen widerspricht, weil gemäss der Abstimmung ab diesem Datum die Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt sein muss. Aber die Schweiz hat sich diesen Bilateralen Verträgen völkerrechtsver-



Regierungsrat Christoph Brutschin mit dem aus Villingen-Schwenningen stammenden Andreas Schwab (rechts).

ZVG

bindlich unterworfen. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Verfassung wird geändert oder die völkerrechtlichen Verpflichtungen. Da können wir als Europäische Union wenig dabei helfen. Wir würden uns wünschen, dass die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Schweizer Partnern fortgeführt wird, aber der Schlüssel dazu liegt in der Schweiz.

Was wäre für die EU am besten?

Wenn die Schweiz den Grundsatz der Personenfreizügigkeit sowie die anderen Grundfreiheiten grundsätzlich weiterhin akzeptiert, aber eben auf den heute schon bestehenden Streitlichungsmöglichkeiten im Rahmen des Gemischten Ausschusses, der auf der Ba-

sis der Bilateralen Verträge eingerichtet ist. Dies, um sicherzustellen, dass Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt schnell und zügig in eine Anpassung der Personenfreizügigkeiten münden.

Sie sprechen mögliche künftige Zwischenlösungen an?

Nein, die gibt es bereits im bisherigen System. Zwischenlösungen lassen die Bilateralen Verträge ausdrücklich zu, weil man eben festgehalten hat, dass die Schweiz als souveränes Land dieses Prinzip akzeptiert, aber eben nicht in jedem Einzelfall. Der Gemischte Ausschuss, in dem die Schweiz und die 28 EU-Partner vertreten sind, ist genau dafür da, es ist ein Streit-Beilegungsgremium. Darum haben viele in der EU nicht

verstanden, warum es überhaupt die MEI gab. Im Einzelfall kann dieser Gemischte Ausschuss sehr wohl Anpassungen prüfen, wenn ein Vertragspartner unverhältnismässige Belastungen nachweist.

Welche Auswirkungen hat der Brexit auf die EU?

Das Ausscheiden der Briten aus der Union ist für uns ein Weckruf, der uns zwingt zu überdenken, ob wir den normalen Bürger mit unserer Arbeit eigentlich erreichen, oder ob es am Ende nicht viel mehr die Nationalstaaten sind, die die Bürger erreichen. Es wird diesbezüglich viele Diskussionen geben, und es ist schon möglich, dass man die Schweiz darob ein bisschen vergisst.

Wo sehen Sie die EU in zehn Jahren?

Ich hoffe, dass wir mit den Briten zu einer pragmatischen Lösung kommen, bei der die Briten am Ende das bezahlen, was sie nach europäischem Recht eigentlich schon immer hätten zahlen müssen, also dass sie ihren Rabatt verlieren, den sie bisher genossen haben. Auch für die Schweiz hoffe ich auf eine pragmatische Lösung, die die Grundfreiheiten beibehält, der Schweiz aber die Sicherheit gibt, dass, wenn es unverhältnismässige und unangemessene Lasten gibt, diese die Schweiz nicht alleine tragen muss.

INSERAT

10%

auf das gesamte Sortiment!*

Gültig in sämtlichen Denner Filialen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

**Donnerstag, 7.
bis Samstag,
9. Juli 2016**

*ausgenommen Spirituosen, Bordeaux Grands Crus 2013, Tabakwaren, Gebührensäcke/-marken, Vignetten, Gutscheine, Denner Geschenkkarten, Google Play- und iTunes-Geschenkkarten, Bons und Mobile Voucher. Gutscheine und Rabatte sind nicht kumulierbar.

Einer für alle **DENNER**